

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Die Linke

auf Annahme einer EntschlieÙung

Arbeitsplätze und Know-how von Vattenfall für Berlin erhalten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Mit Besorgnis nimmt das Abgeordnetenhaus von den Planungen Vattenfalls zur weiteren Ausgliederung von Geschäftsbereichen und von Personal Kenntnis.

Vattenfall ist einer der größten Arbeitgeber Berlins und als Eigentümer des Strom- und des Fernwärmenetzes Betreiber zentraler Infrastrukturen der Stadt. Auch als Grundversorger für Strom steht Vattenfall in besonderer Verantwortung für die Stadt und deren Bewohner.

Bereits in den letzten Jahren hat Vattenfall zahlreiche Arbeitsplätze ausgelagert. So beschloss Vattenfall Anfang 2015 die Schließung der Vattenfall Europe Kundenservice GmbH bis 2018. Hunderte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind davon direkt betroffen. Darüber hinaus besteht die konkrete Gefahr, dass darunter auch der Kundenservice für die Berlinerinnen und Berliner leidet. Ende März 2016 hat Vattenfall ein weiteres Outsourcing-Projekt in der Vattenfall Europe Business Services GmbH bekanntgegeben, mit dem große Teile der Servicebereiche ausgegliedert werden sollen. Mit der Auslagerung von Geschäftsbereichen gehen dem Unternehmen und der Stadt Know-how, Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren.

Der Erfolg der Energiewende in Berlin hängt wesentlich davon ab, dass die umfassende energiewirtschaftliche Expertise der Beschäftigten in Berlin möglichst vollständig erhalten bleibt. Voraussetzung hierfür sind geregelte Arbeitsbedingungen sowie Klarheit und Rechtssicherheit für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relevanter Gesellschaften über ihren zukünftigen beruflichen Status, um ihnen eine klare Zukunftsplanung und -perspektive zu ermöglichen.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf,

- mit Vattenfall Gespräche zu führen, um tarifvertraglich gesicherte Arbeitsplätze und Know-how in Berlin zu halten.
- gegenüber Vattenfall deutlich zu machen, dass das geplante Outsourcing und der entsprechende Stellenabbau mit der besonderen sozialen Rolle Vattenfalls als Grundversorger und Betreiber zentraler Infrastrukturen der Stadt nicht vereinbar sind.
- öffentlich zu bekräftigen, dass bei allen im Rahmen der Neuausrichtung energiewirtschaftlicher Infrastrukturen erforderlichen institutionellen und eigentumsrechtlichen Veränderungen in der Berliner Energiewirtschaft die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angemessen gewahrt werden. Basis sind die Energie-Tarifvertragswerke für den Geltungsbereich des Bundeslandes Berlin. Diese Selbstverpflichtung soll insbesondere für den Fall einer Rekommunalisierung oder Teilrekommunalisierung der betreffenden Betriebseinheiten oder Gesellschaften formuliert werden. Dies betrifft auch die den Netzen zugeordneten Betriebseinheiten oder Gesellschaften, die entsprechende Serviceaufgaben übernehmen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.07.2016 zu berichten.

Berlin, den 24. Mai 2016

U. Wolf H. Wolf
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke